

Bundesgesetzblatt ¹⁹⁷

Teil II

Z 1998 A

1992

Ausgegeben zu Bonn am 28. März 1992

Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
20. 3. 92	Gesetz zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen	198
20. 3. 92	Gesetz zu dem Abkommen vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen	206
16. 3. 92	Einundvierzigste Verordnung zur Änderung der Zolltarifverordnung (Besondere Zollsätze gegenüber den Republiken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Slowenien – EGKS)	210
7. 1. 92	Bekanntmachung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Arbeit und Beschäftigung der Bevölkerung der Russischen Föderation über die Förderung der Fortbildung von Fachkräften auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der beruflichen Rehabilitation Behinderter	211
14. 2. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation	216
14. 2. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	216
14. 2. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966	217
17. 2. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	217
18. 2. 92	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderung vom 16. Oktober 1985 des Übereinkommens und der Betriebsvereinbarung über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) ...	218
18. 2. 92	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 133 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (zusätzliche Bestimmungen)	219

Gesetz
zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen

Vom 20. März 1992

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 7. Juni 1988 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in den Niederlanden entstehen, trägt in den Fällen

1. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens das jeweilige Land; landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt;

2. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe b des Abkommens der Bund.

(2) Bei Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 9 entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Die innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern bleibt durch das Abkommen unberührt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. März 1992

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Rudolf Seiters

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen**

**Overeenkomst
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen,
zware ongevallen daaronder begrepen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden;

Überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen und anderen Unglücksfällen

overtuigd van de noodzaak van samenwerking tussen beide Staten bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen, en andere ongevallen;

in der Erwägung, daß es erwünscht ist, die zuständigen Organe beider Staaten in die Lage zu versetzen, in näher zu bestimmenden Fällen einander um gegenseitige Hilfe zu ersuchen und Hilfeersuchen durchführen zu lassen,

overwegende, dat het gewenst is dat bevoegde organen van beide Staten in nader te bepalen gevallen elkaar kunnen verzoeken om wederzijdse bijstand en verzoeken om bijstand kunnen doen uitvoeren;

in der Erwägung, daß es erwünscht ist, Maßnahmen zu treffen, um die gegenseitige Hilfe durch Entsendung von Hilfsmannschaften zu erleichtern

overwegende, dat het gewenst is dat maatregelen worden getroffen ten einde de wederzijdse bijstand door rampenbestrijdingseenheden te vergemakkelijken;

sind wie folgt übereingekommen:

zijn als volgt overeengekomen:

Allgemeine Bestimmungen

Algemene Bepalingen

Artikel 1

Artikel 1

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, der anderen Vertragspartei bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen nach den Bestimmungen dieses Abkommens und entsprechend ihren Möglichkeiten Hilfe zu leisten.

Elke Overeenkomstsluitende Partij verbindt zich ertoe de andere Overeenkomstsluitende Partij volgens de bepalingen van deze Overeenkomst en in overeenstemming met haar mogelijkheden bijstand te verlenen bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen.

Artikel 2

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

In deze Overeenkomst wordt verstaan onder:

„Ausrüstungsgegenstände“ die Fahrzeuge, das Material, die Kommunikationsmittel und die persönlichen Ausrüstungsgegenstände, die zum Gebrauch der Hilfsmannschaften bestimmt sind;

uitrusting: de vervoermiddelen, het materieel, de verbindingsmiddelen en de persoonlijke uitrustingsstukken, die bestemd zijn voor gebruik door bijstandseenheden;

„Hilfsmittel“ die Waren, die für die betroffene Bevölkerung bestimmt sind;

hulpmiddelen: goederen die bestemd zijn voor de getroffen bevolking;

„Betriebsgüter“ die Waren, die für die Unterhaltung und die Verwendung der Ausrüstung und für die Versorgung der Hilfsmannschaften bestimmt sind.

gebruiksgoederen: goederen die bestemd zijn voor het onderhoud en het gebruik van de uitrusting en voor de verzorging van bijstandseenheden.

Zuständige Organe

Bevoegde Organen

Artikel 3

Artikel 3

(1) Die für die Anforderung und Auslösung von Hilfsmaßnahmen zuständigen Organe im Sinne dieses Abkommens sind:

1. Voor het indienen van een verzoek om bijstand alsmede voor het doen uitvoeren daarvan zijn bevoegde organen in de zin van deze Overeenkomst:

a) Im Falle von Hilfeleistungen für und durch aneinandergrenzende Bundesländer und Provinzen

a. indien het betreft het verlenen van bijstand door en aan deelstaten en provincies die aan elkaar grenzen

auf deutscher Seite: der Innenminister des betreffenden Bundeslandes

voor de Bondsrepubliek Duitsland: de Minister van Binnenlandse Zaken van de betrokken deelstaat

auf niederländischer Seite: der Kommissar der Königin der betreffenden Provinz.

- b) Im Falle von Hilfeleistungen für und durch nicht aneinandergrenzende Bundesländer und Provinzen
auf deutscher Seite: der Bundesminister des Innern

auf niederländischer Seite: der Minister des Innern.

(2) Die zuständigen Organe jeder Vertragspartei können ein Hilfeersuchen stellen, wenn nach ihrer Auffassung Ort, Umfang und Art der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalls in Anbetracht des verfügbaren Personals und Materials Hilfe erforderlich machen.

(3) Das zuständige Organ der ersuchenden Vertragspartei erläutert möglichst ausführlich sein Hilfeersuchen und die Aufgaben, die der Hilfsmannschaft übertragen werden sollen.

(4) Umfang und Art der zu leistenden Hilfe werden jeweils von dem zuständigen Organ der hilfeleistenden Vertragspartei im Einvernehmen mit dem zuständigen Organ der ersuchenden Vertragspartei festgelegt.

(5) Den zuständigen Organen obliegt die Durchführung der angeforderten Hilfsmaßnahmen.

(6) Die zuständigen Organe melden jedes Hilfeersuchen im Sinne von Absatz 1 Buchstabe a unverzüglich dem Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise dem Minister des Innern des Königreichs der Niederlande.

Die Durchführung der Hilfsmaßnahmen

Artikel 4

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von für den Katastrophenschutz oder die Hilfeleistung bei schweren Unglücksfällen ausgebildeten und ausgerüsteten Hilfsmannschaften an den Ort der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalles oder an einen anderen von den zuständigen Organen bestimmten Ort oder durch Entsendung von Luftfahrzeugen und erforderlichenfalls in anderer geeigneter Weise geleistet.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

Artikel 5

(1) Der Leiter einer Hilfsmannschaft untersteht der Behörde, die am Ort der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalles für die Hilfsmaßnahmen verantwortlich ist.

(2) Anweisungen an eine Hilfsmannschaft werden ausschließlich an ihren Leiter gerichtet, der für die Einzelheiten der Durchführung verantwortlich ist.

(3) Die zuständigen Behörden gemäß Artikel 3 des Abkommens und die am Ort der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalles verantwortliche Behörde gewähren der Hilfsmannschaft jeden erforderlichen Schutz und jede erforderliche Hilfe.

Grenzformalitäten

Artikel 6

(1) Im Interesse einer möglichst zweckmäßigen Hilfeleistung beschränken die Parteien die Förmlichkeiten beim Überschreiten der gemeinsamen Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat eine Bescheinigung mitzuführen, die die Art der Hilfeleistung, die Art der Hilfsmannschaft und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Diese Bescheinigung

vor Nederland: de Commissaris der Koningin in de betrokken provincie;

- b. indien het betreft het verlenen van bijstand door en aan deelstaten en provincies die niet aan elkaar grenzen
voor de Bondsrepubliek Duitsland: de Minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland
voor Nederland: de Minister van Binnenlandse Zaken.

2. De bevoegde organen van elk der Overeenkomstsluitende Partijen kunnen een verzoek om bijstand indienen, indien naar hun oordeel de plaats, de omvang en de aard van de ramp respectievelijk het zware ongeval, gelet op het beschikbare personeel en materieel, bijstand noodzakelijk maken.

3. Het bevoegde orgaan van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij geeft zoveel mogelijk een toelichting over de bijstand die het verwacht en over de taken die aan de bijstandseenheid zullen worden opgedragen.

4. De omvang en de aard van de te verlenen bijstand worden telkenmale door het bevoegde orgaan van de Overeenkomstsluitende Partij die de bijstand verleent, vastgesteld na overleg met het bevoegde orgaan van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij.

5. De bevoegde organen zijn belast met de uitvoering van de verzoeken om bijstand.

6. Van elk verzoek om bijstand, als bedoeld in het eerste lid, onder a, wordt door de bevoegde organen terstond mededeling gedaan aan de Minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland onderscheidenlijk aan de Minister van Binnenlandse Zaken van Nederland.

De uitvoering van de Bijstandsverlening

Artikel 4

1. De bijstand wordt verleend door het zenden naar de plaats van de ramp respectievelijk van het zware ongeval dan wel naar elke andere daartoe door de bevoegde organen aangewezen plaats, van bijstandseenheden die zijn opgeleid en uitgerust voor het bestrijden van rampen of het verlenen van hulp bij zware ongevallen, of door het zenden van luchtvaartuigen en, indien vereist, op elke andere passende wijze.

2. De bijstandseenheden kunnen over land, door de lucht of over water worden gezonden.

Artikel 5

1. De commandant van een bijstandseenheid staat onder het gezag van de autoriteit die op de plaats van de ramp respectievelijk van het zware ongeval voor de bestrijding verantwoordelijk is.

2. Instructies voor een bijstandseenheid worden uitsluitend gegeven aan de commandant van die eenheid. Deze is verantwoordelijk voor de wijze, waarop de eenheid de instructies uitvoert.

3. De bevoegde organen, bedoeld in artikel 3, alsmede de autoriteit die op de plaats van de ramp respectievelijk van het zware ongeval voor de bestrijding verantwoordelijk is, verlenen de eenheid alle noodzakelijke bescherming en hulp.

Grensformaliteiten

Artikel 6

1. De Overeenkomstsluitende Partijen beperken zo veel mogelijk met het oog op een zo doeltreffend mogelijke bijstand de in acht te nemen formaliteiten bij het overschrijden van de gemeenschappelijke grens.

2. De commandant van een bijstandseenheid dient in het bezit te zijn van een verklaring, waaruit de te verlenen bijstand, de aard van de eenheid en het aantal tot de eenheid behorende personen

gung wird von einem zuständigen Organ gemäß Artikel 3 dieses Abkommens oder in seinem Auftrag ausgestellt.

(3) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang befreit.

(4) Kann im Falle besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung gemäß Absatz 2 nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis für die Notwendigkeit, die Grenze zwecks Hilfeleistung zu überschreiten.

(5) Im Falle besonderer Eilbedürftigkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Übergangsstellen überschritten werden. Die für die Grenzüberwachung und Zollabfertigung zuständigen Behörden sind hierüber im voraus zu unterrichten.

Artikel 7

(1) Die von einer Hilfsmannschaft mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter gelten im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei als zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt.

(2) Für Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter werden keine Ein- oder Ausfuhrpapiere ausgestellt. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat einen Sammelnachweis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter mitzuführen und auf Aufforderung vorzuzeigen.

(3) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den erforderlichen Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmittel und Betriebsgüter keine Waren mitführen.

(4) Die mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter sind, soweit sie verbraucht werden, von allen Eingangsabgaben befreit. Hilfsmittel und Betriebsgüter, die nicht verbraucht werden, sind wieder auszuführen.

(5) Können Güter infolge besonderer Umstände nicht oder nicht gleichzeitig mit dem Abzug einer Hilfsmannschaft rückgeführt werden, so sind Art und Menge sowie ihr Aufenthaltsort vom Leiter der Hilfsmannschaft der zuständigen Zollstelle anzuzeigen; in diesem Fall gilt das nationale Recht der ersuchenden Vertragspartei.

(6) Auf Waren, die nach den Absätzen 1 und 4 von Eingangsabgaben befreit sind, finden die Bestimmungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Das Verbringen von Suchtstoffen in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei im Rahmen der Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen und die Rückführung der nicht verbrauchten Mengen gelten nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoffabkommen. Suchtstoffe dürfen nur bei dringendem Bedarf mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der ersuchten Vertragspartei eingesetzt werden. Das Recht der ersuchenden Vertragspartei, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt.

Der Einsatz von Luftfahrzeugen

Artikel 8

(1) Luftfahrzeuge können sowohl für die Heranführung der Hilfsmannschaft als auch unmittelbar für die Hilfeinsätze benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet Luftfahrzeugen, die gemäß den Bestimmungen in Absatz 1 eingesetzt werden, ihr Hoheitsgebiet zu überfliegen und dort auch außerhalb von Flugplätzen zu landen und zu starten; hierbei sind die Bestimmungen der Einzelvereinbarung gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b dieses Abkommens zu beachten.

blijken. Deze verklaring wordt afgegeven door of namens een bevoegd orgaan, bedoeld in artikel 3 van deze Overeenkomst.

3. De tot een bijstandseenheid behorende personen zijn vrijgesteld van de verplichting een geldig document om de grens te overschrijden mee te voeren.

4. Kan in geval van bijzondere spoed de verklaring, bedoeld in het tweede lid, niet worden overgelegd, dan is elk ander passend bewijs dat de grens ten behoeve van bijstandsverlening overschreden moet worden, voldoende.

5. In geval van bijzondere spoed kan de grens ook buiten de officiële doorlaatposten worden overschreden. De met de grensbewaking en de douane en accijnzen belaste autoriteiten dienen daarvan vooraf in kennis te worden gesteld.

Artikel 7

1. De uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen, die worden meegevoerd door een bijstandseenheid, worden op het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan bijstand wordt verleend, beschouwd als ingevoerd voor tijdelijk gebruik.

2. Geen in- of uitvoerdocumenten worden afgegeven voor uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen. De commandant van een bijstandseenheid dient in het bezit te zijn van een, op verzoek door hem te tonen, verzamelstaat van de meegevoerde uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen.

3. Geen andere goederen dan de noodzakelijke uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen mogen worden meegevoerd.

4. De meegevoerde uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen zijn, voor zover ze verbruikt worden, vrij van alle bij invoer verschuldigde belastingen. Hulpmiddelen en gebruiksgoederen dienen, voor zover ze niet verbruikt worden, te worden teruggevoerd.

5. Kunnen goederen door bijzondere omstandigheden niet of pas later, niet tegelijk met de terugkeer van een bijstandseenheid, worden teruggevoerd, dan dienen de aard en omvang alsmede de verblijfplaats daarvan door de commandant van een bijstandseenheid te worden gemeld aan het bevoegde douanekantoor; in dat geval is het nationale recht van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, van toepassing.

6. Op goederen, die ingevolge het bepaalde in het eerste en vierde lid vrij van bij invoer verschuldigde belastingen zijn, zijn de bepalingen voor het grensoverschrijdende goederenverkeer niet van toepassing. Het in het kader van de rampbestrijding, daaronder begrepen de hulpverlening bij zware ongevallen, overbrengen van verdovende middelen naar het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, en het terugvoeren van de niet verbruikte hoeveelheden gelden niet als in- en uitvoer in de zin van de internationale verdragen inzake verdovende middelen. Verdovende middelen mogen slechts bij dringende behoefte worden meegevoerd en alleen door bevoegd medisch personeel volgens de wettelijke bepalingen van de bijstand ontvangende Overeenkomstsluitende Partij worden aangevend. Het recht van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, ter plaatse controles te verrichten, blijft onverlet.

Het Gebruik van Luchtvaartuigen

Artikel 8

1. Luchtvaartuigen kunnen worden gebruikt zowel voor het vervoer van bijstandseenheden als voor het rechtstreeks verlenen van bijstand.

2. Elke Overeenkomstsluitende Partij staat luchtvaartuigen die overeenkomstig het bepaalde in het eerste lid worden gebruikt, toe over zijn grondgebied te vliegen alsmede op zijn grondgebied ook op andere plaatsen dan op vliegvelden te landen en op te stijgen met inachtneming van de bepalingen van de aanvullende overeenkomst, bedoeld in artikel 11, eerste lid, onder b, van deze Overeenkomst.

(3) Die Absicht, Luftfahrzeuge einzusetzen, ist den nach genannten Behörden mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeugs, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort unverzüglich mitzuteilen:

für die Bundesrepublik Deutschland: im Falle einer Hilfeleistung auf Anforderung des Landes Niedersachsen dem Niedersächsischen Minister des Innern; im Falle einer Hilfeleistung auf Anforderung des Landes Nordrhein-Westfalen dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen; im Falle einer Hilfeleistung auf Anforderung der Bundesrepublik Deutschland dem Bundesminister des Innern;

für die Niederlande: dem „Directeur-Generaal van de Rijksluchtvaartdienst“.

(4) Die Artikel 6 und 7 dieses Abkommens werden sinngemäß auf die Luftfahrzeuge, die Besatzung und die mitfliegende Hilfsmannschaft sowie auf die mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter angewandt.

(5) Ungeachtet der Bestimmungen in Absatz 2 sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jeder Vertragspartei weiterhin gültig, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Kosten und Entschädigungen

Artikel 9

(1) Die Kosten der Hilfeleistung, einschließlich der Aufwendungen, die durch vollständigen oder teilweisen Verlust sowie durch vollständige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Betriebsgüter entstehen, werden von der ersuchenden Partei nicht erstattet, es sei denn, die Vertragsparteien haben vorher eine diesbezügliche Sonderregelung getroffen.

(2) Die Hilfsmannschaften werden während der Dauer des Einsatzes im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei auf deren Kosten untergebracht und gepflegt sowie mit für den Einsatz der Ausrüstungsgegenstände bestimmten Gütern versorgt, sofern die mitgebrachten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall medizinische Versorgung und Hilfe.

(3) Jede Vertragspartei kann verlangen, daß die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstandenen Kosten bis zur Hälfte von der ersuchenden Vertragspartei übernommen werden. Die Höhe der Kosten richtet sich in diesem Fall nach den in jedem der beiden Staaten gültigen Tarife, wie sie in einer Einzelvereinbarung gemäß Artikel 11 dieses Abkommens angegeben sind.

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre Verwaltungsorgane auf alle gesetzlichen Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr oder einem anderen Verwaltungsorgan gehören, wenn der Schaden von einem Mitglied einer Hilfsmannschaft der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist, soweit es sich dabei nicht nachweislich um Vorsatz handelt.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre Verwaltungsorgane auf alle gesetzlichen Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei, die auf dem Schaden beruhen, der einem Mitglied einer Hilfsmannschaft entsteht, das bei der Erfüllung seines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens eine Verletzung oder den Tod erlitten hat.

(3) Die ersuchende Vertragspartei oder eines ihrer Verwaltungsorgane haftet gemäß den eigenen gesetzlichen Bestimmungen für den Schaden, den ein Mitglied einer Hilfsmannschaft bei der Erfüllung seines Auftrags auf dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei einem Dritten zugefügt hat.

3. Het voornemen luchtvaartuigen te gebruiken wordt onder overlegging van zo nauwkeurig mogelijke gegevens over de aard en het inschrijvingsmerk van het luchtvaartuig, de bemanning, de lading, de vertrektijd, de vermoedelijke route en de plaats van landing onverwijld medegedeeld aan:

voor de Bondsrepubliek Duitsland: in geval van bijstandsverlening op verzoek van de deelstaat Neder-Saksen de Minister van Binnenlandse Zaken van deze deelstaat; in geval van bijstandsverlening op verzoek van de deelstaat Noordrijn-Westfalen de Minister van Binnenlandse Zaken van deze deelstaat; in geval van bijstandsverlening op verzoek van de Bondsrepubliek Duitsland de Minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland;

voor Nederland: de Directeur-Generaal van de Rijksluchtvaartdienst.

4. De artikelen 6 en 7 van deze Overeenkomst zijn van overeenkomstige toepassing op de luchtvaartuigen, de bemanning en de meevliegende bijstandseenheid alsmede op de meegevoerde uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen.

5. Onverminderd het bepaalde in het tweede lid, blijven de luchtverkeersregels van elke Overeenkomstsluitende Partij van kracht, in het bijzonder de verplichting om de bevoegde vluchtcontrolediensten gegevens over de vluchten mede te delen.

Kosten en Schadevergoeding

Artikel 9

1. De kosten voor het verlenen van bijstand, met inbegrip van kosten, ontstaan door geheel of gedeeltelijk verlies dan wel gehele of gedeeltelijke vernietiging van de meegevoerde uitrusting en gebruiksgoederen, behoeven door de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, niet te worden vergoed, tenzij voor de vergoeding van deze kosten door de Overeenkomstsluitende Partijen vooraf een afzonderlijke regeling is getroffen.

2. Bijstandseenheden worden voor de tijd dat zij op het grondgebied van een Overeenkomstsluitende Partij verblijven, op kosten van die Partij gehuisvest en verzorgd alsmede van goederen, bestemd voor het gebruik van de uitrusting, voorzien, voor zover meegevoerde goederen zijn verbruikt. Zij ontvangen de noodzakelijke medische verzorging en hulp.

3. Elke Overeenkomstsluitende Partij kan bepalen, dat de door het gebruik van luchtvaartuigen ontstane kosten voor ten hoogste de helft voor rekening van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, komen. De kosten worden in dat geval vastgesteld op basis van de in beide Staten geldende tarieven, zoals die zullen worden vastgesteld in een aanvullende overeenkomst, bedoeld in artikel 11, lid 1, onder d, van deze Overeenkomst.

Artikel 10

1. Elke Overeenkomstsluitende Partij ziet voor zichzelf en haar bestuursorganen af van alle wettelijke vorderingen tot schadevergoeding jegens de andere Overeenkomstsluitende Partij op grond van schade aan vermogensbestanddelen die haar of een ander bestuursorgaan toebehoren, wanneer de schade is veroorzaakt door een lid van een bijstandseenheid van de andere Overeenkomstsluitende Partij bij vervulling van diens opdracht in verband met de uitvoering van deze Overeenkomst, behoudens in geval van bewezen opzet.

2. Elke Overeenkomstsluitende Partij ziet voor zichzelf en haar bestuursorganen af van alle wettelijke vorderingen tot schadevergoeding jegens de andere Overeenkomstsluitende Partij op grond van schade, geleden door een lid van een bijstandseenheid die bij of door vervulling van zijn opdracht in verband met de uitvoering van deze Overeenkomst letsel heeft opgelopen of is overleden.

3. De Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, dan wel een van haar bestuursorganen, is volgens de eigen wettelijke bepalingen aansprakelijk voor de schade, toegebracht aan een derde door een lid van een bijstandseenheid bij vervulling van zijn opdracht op het grondgebied van die Overeenkomstsluitende Partij.

(4) Im Interesse einer raschen Erledigung von Schadensersatzansprüchen arbeiten die Vertragsparteien eng zusammen. Insbesondere tauschen sie so rasch wie möglich alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels finden sinngemäß Anwendung auf einen Schaden, der während oder infolge von Übungseinsätzen gemäß Artikel 11 Absatz 2 dieses Abkommens entsteht, soweit keine diesbezügliche Sonderregelung getroffen worden ist.

Einzelvereinbarungen

Artikel 11

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens werden zumindest Einzelvereinbarungen über folgendes getroffen:

- a) die Benutzung der Fernsprech- und Funkverbindungen
- b) die Benutzung von Landeorten durch Luftfahrzeuge
- c) die Verwendung besonderer optischer und akustischer Signale durch die Hilfsmannschaften
- d) die in Artikel 9 Absatz 3 dieses Abkommens genannten Kosten.

(2) Ferner können Einzelvereinbarungen über folgendes getroffen werden:

- a) das bei Hilfeersuchen anzuwendende Verfahren
- b) das bei Entsendung und Einsatz einer Hilfsmannschaft anzuwendende Verfahren
- c) Art, Stärke und Ausrüstung der Einheiten, die zu einem Hilfeinsatz entsandt werden können
- d) die gemeinsame Veranstaltung von Übungen im Hinblick auf gemeinsame Katastropheneinsätze
- e) die Zusammenarbeit gemäß Artikel 13 dieses Abkommens.

Hilfeinsätze, die nicht aufgrund von Ersuchen gemäß diesem Abkommen erfolgen

Artikel 12

(1) Die Artikel 4 bis 10 dieses Abkommens finden sinngemäß Anwendung auf Hilfeinsätze gemäß Vereinbarungen, die von den für die Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen verantwortlichen Behörden der Grenzgemeinden beider Vertragsparteien getroffen werden, sofern sie sich auf gegenseitige Hilfeinsätze von Personal und Material beziehen, die ihnen für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen.

(2) Von Vereinbarungen im Sinne von Absatz 1 sind zumindest die zuständigen Organe gemäß von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a dieses Abkommens zu unterrichten; die einschlägigen Bestimmungen des nationalen Rechts jeder Vertragspartei bleiben davon unberührt.

(3) Die Anwendung der Artikel 9 und 10 auf Hilfeinsätze im Sinne von Absatz 1 erfolgt unbeschadet der Bestimmungen in den zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Übereinkommen auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

(4) Die Anwendung von Artikel 9 auf Hilfeinsätze gemäß Absatz 1 erfolgt unbeschadet der über die Kostenerstattung getroffenen Vereinbarungen.

Zusammenarbeit

Artikel 13

(1) Um Katastrophen besser vorbeugen und sie wirksamer bekämpfen zu können, vereinbaren die Vertragsparteien eine ständige und enge Zusammenarbeit. Zu diesem Zweck tauschen sie alle geeigneten Informationen wissenschaftlich-technischer Art aus und veranstalten regelmäßig gemeinsame Tagungen.

4. In het belang van een snelle afdoening van vorderingen tot schadevergoeding werken de Overeenkomstsluitende Partijen nauw samen. In het bijzonder worden alle beschikbare gegevens over schadegevallen in de zin van dit artikel zo spoedig mogelijk uitgewisseld.

5. Het bepaalde in dit artikel is van overeenkomstige toepassing op schade, ontstaan tijdens of ten gevolge van oefeningen bedoeld in artikel 11, tweede lid, onder d, van deze Overeenkomst, tenzij daarvoor een afzonderlijke regeling is getroffen.

Aanvullende Overeenkomsten

Artikel 11

1. Ter uitvoering van deze Overeenkomst worden in ieder geval aanvullende overeenkomsten gesloten over:

- a. het gebruik van verbindingen;
- b. het gebruik van landingsplaatsen door luchtvaartuigen;
- c. het gebruik van bijzondere optische en geluidssignalen door bijstandseenheden;
- d. de kosten, genoemd in artikel 9, derde lid, van deze Overeenkomst.

2. Voorts kunnen aanvullende overeenkomsten worden gesloten over:

- a. de procedure die moet worden gevolgd bij het verzoeken om bijstand;
- b. de procedure die moet worden gevolgd, indien een bijstandseenheid ter plaatse komt;
- c. de soorten eenheden die ter bijstand kunnen worden ingezet alsmede hun omvang en uitrusting;
- d. het houden van gemeenschappelijke oefeningen met het oog op het gezamenlijk bestrijden van rampen;
- e. de samenwerking, bedoeld in artikel 13 van deze Overeenkomst.

Bijstandsverlening anders dan op grond van verzoeken ingevolge deze Overeenkomst

Artikel 12

1. De artikelen 4 tot en met 10 van deze Overeenkomst zijn van overeenkomstige toepassing op het verlenen van bijstand ingevolge afspraken die zijn gemaakt door autoriteiten van aan elkaar grenzende gemeenten van elk der Overeenkomstsluitende Partijen, die verantwoordelijk zijn voor de hulpverlening bij rampen en ongevallen, indien en voor zover deze afspraken betrekking hebben op aan elkaar te verlenen bijstand van personeel en materieel die met het oog op de dagelijkse taakuitvoering ter beschikking staan van die autoriteiten.

2. Afspraken, bedoeld in het eerste lid, dienen, onverminderd hetgeen daaromtrent overigens in het nationale recht van elk der Overeenkomstsluitende Partijen is bepaald, in ieder geval te worden gemeld aan de bevoegde organen, bedoeld in artikel 3, eerste lid, onder a, van deze Overeenkomst.

3. De toepassing van de artikelen 9 en 10 op de bijstandsverlening, bedoeld in het eerste lid, is onverminderd hetgeen in de tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden afgesloten overeenkomsten op het gebied van de sociale verzekering is bepaald.

4. De toepassing van artikel 9 op de bijstandsverlening, bedoeld in het eerste lid, is onverminderd hetgeen ingevolge de gemaakte afspraken over de kostenvergoeding is bepaald.

Samenwerking

Artikel 13

1. De Overeenkomstsluitende Partijen komen een voortdurende en nauwe samenwerking overeen ten einde rampen beter te kunnen voorkomen en deze doeltreffender te kunnen bestrijden. Met dit doel wisselen zij alle ter zake dienende gegevens van wetenschappelijke en technische aard uit en komen zij regelmatig bijeen.

(2) Die Vertragsparteien können gemeinsame Untersuchungen durchführen und gemeinsame Tagungen veranstalten, insbesondere zur Erforschung von Katastrophenursachen und zur Verbesserung von Vorhersagen sowie von Vorbeugungs- und Einsatzmitteln und Einsatzmethoden.

(3) Auf Veranlassung jeder Vertragspartei können Lehrgänge für Techniker, Führungskräfte und Mannschaften der anderen Partei durchgeführt werden.

(4) Die Vertragsparteien tauschen Informationen über die Gefahren- und Schadensfälle aus, die sich auf das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auswirken können. Die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(5) Die Zusammenarbeit wird von den zuständigen Organen gemäß Artikel 3 dieses Abkommens getragen.

Streitigkeiten

Artikel 14

Alle Streitigkeiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die zuständigen Organe gemäß Artikel 3 dieses Abkommens beigelegt werden können, werden im Prinzip auf diplomatischem Wege beigelegt.

Schlußbestimmungen

Artikel 15

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 8 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 16

Dieses Abkommen gilt nur für den europäischen Teil des Königreichs der Niederlande.

Artikel 17

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen beider Vertragsstaaten einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 18

Dieses Abkommen wird für die Dauer von zehn Jahren geschlossen und verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere zehn Jahre, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien mindestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 7. Juni 1988 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. De Overeenkomstluitende Partijen kunnen gemeenschappelijke onderzoeken doen en bijeenkomsten organiseren in het bijzonder om tot een betere kennis van de oorzaken van rampen te komen en om de voorspellingen alsmede de middelen en methoden ter voorkoming en bestrijding van rampen te verbeteren.

3. Op initiatief van elke Overeenkomstluitende Partij kunnen cursussen worden gegeven voor technici, leidinggevend personeel en manschappen van de andere Overeenkomstluitende Partij.

4. De Overeenkomstluitende Partijen wisselen gegevens uit over de gevaren en schadegevallen die een weerslag kunnen hebben op het grondgebied van de andere Overeenkomstluitende Partij. De uitwisseling van gegevens omvat mede het uit voorzorg verstrekken van meetgegevens.

5. De samenwerking wordt tot stand gebracht door de bevoegde organen, bedoeld in artikel 3 van deze Overeenkomst.

Geschillen

Artikel 14

Alle geschillen over de toepassing van deze Overeenkomst die niet rechtstreeks door de bevoegde organen, bedoeld in artikel 3, kunnen worden opgelost, worden in beginsel langs diplomatieke weg opgelost.

Slotbepalingen

Artikel 15

Met uitzondering van de bepalingen van artikel 8 inzake het luchtverkeer geldt de Overeenkomst ook voor het land Berlijn, tenzij de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden mededeling doet van het tegendeel.

Artikel 16

Deze Overeenkomst is alleen van toepassing op het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 17

Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgende op de datum waarop beide Overeenkomstluitende Partijen elkaar schriftelijk ervan in kennis hebben gesteld dat aan de in hun onderscheiden landen daarvoor geldende constitutionele vereisten is voldaan.

Artikel 18

Deze Overeenkomst geldt voor een periode van tien jaren en wordt telkens stilzwijgend verlengd met een nieuwe periode van tien jaren, tenzij zij door een van beide Overeenkomstluitende Partijen ten minste zes maanden voor afloop van het verstrijken van de geldigheidsduur schriftelijk wordt opgezegd.

Gedaan te Bonn, de 7e juni 1988, in twee exemplaren, in de Duitse en Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Freiherr von Stein
Spranger

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
Jan G. van der Tas
D. I. J. W. de Graaff-Nauta

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteil des Abkommens gelten:

1. Zu Artikel 9, Absatz 1

Soweit die Parteien eine Sonderregelung zu Artikel 9 Absatz 1 beabsichtigen, ist diese sobald wie möglich nach der Unterzeichnung des Vertrages und spätestens vor dem Datum seines Inkrafttretens zu treffen.

2. Zum Verhältnis zwischen dem IAEO-Abkommen vom 26. September 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen und dem Abkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen:

Handelt es sich bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall um eine nukleare Katastrophe oder eine Katastrophe mit radioaktiven Stoffen, so findet im Prinzip dieses Abkommen Anwendung. Wenn jedoch schon auf Grund des IAEO-Abkommens vom 26. September 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen Hilfeleistung erbracht wird oder darum ersucht worden ist, bleibt für diese Hilfeleistung das IAEO-Abkommen nach wie vor ganz anwendbar; auf die weiteren Ersuchen um Hilfeleistung und die Leistung dieser Hilfe ist das deutsch-niederländische Abkommen anwendbar.

Wenn es sich um medizinische Behandlung von Personen handelt, die an einem nuklearen Unfall oder einem Störfall mit radioaktiven Stoffen beteiligt sind, oder um ihre zeitweilige Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise den Niederlanden, findet das IAEO-Abkommen Anwendung.

Protocol

Bij de ondertekening van de Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen of zware ongevallen hebben ondergetekende gevolmachtigden daarenboven de volgende afspraken gemaakt, die onderdeel van de Overeenkomst uitmaken:

1. Bij artikel 9, eerste lid

Voor zover Partijen een afzonderlijke regeling met betrekking tot artikel 9, eerste lid, beogen, wordt deze zo spoedig mogelijk na de ondertekening van de Overeenkomst en op zijn laatst vóór de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst getroffen.

2. Met betrekking tot de verhouding tussen het op 26 september 1986 te Wenen tot stand gekomen Verdrag inzake de verlening van bijstand in het geval van een nucleair ongeval of een calamiteit met radioactieve stoffen (Trb. 1986, 126 en 165) en de Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen.

In geval de ramp, met inbegrip van het zwaar ongeval, een nucleaire ramp of een ramp met radioactieve stoffen is, vindt in beginsel deze Overeenkomst toepassing. Indien echter reeds op de voet van het op 26 september 1986 tot stand gekomen IAEA-Verdrag inzake de verlening van bijstand in het geval van een nucleair ongeval of een calamiteit met radioactieve stoffen bijstand is verleend of om bijstand is verzocht, blijft op deze bijstandsverlening het IAEA-Verdrag van toepassing; op de overige verzoeken om bijstandsverlening en op de verlening van die bijstand is de Duits-Nederlandse Overeenkomst van toepassing.

Betreft de bijstand de medische behandeling van personen die slachtoffer zijn van een nucleair ongeval of van een storing waarbij radioactieve stoffen betrokken zijn, of de tijdelijke opnemering van deze personen in de Bondsrepubliek Duitsland respectievelijk in Nederland, dan vindt het IAEA-Verdrag toepassing.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 23. Dezember 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Österreich
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
oder schweren Unglücksfällen

Vom 20. März 1992

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Salzburg am 23. Dezember 1988 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in Österreich entstehen, trägt nach Maßgabe der Aufteilung der Zuständigkeiten nach Absatz 2

1. der Bund, soweit der Bundesminister des Innern Hilfe zugesagt hat,
2. das jeweilige Land, soweit der Innenminister des Landes Hilfe zugesagt hat; landesrechtliche Bestimmun-

gen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Zuständig für Hilfeleistungen im grenznahen Gebiet der Republik Österreich ist das jeweilig angrenzende Land, im übrigen der Bund.

(3) Absatz 1 gilt für Artikel 3 Abs. 2 des Abkommens entsprechend.

(4) Bei Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 10 Abs. 3 entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. März 1992

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Rudolf Seiters

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Österreich
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Österreich –

überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Gegenstand**

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Mannschaften und Material.

(2) Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen grenzüberschreitenden Nachbarschaftshilfe bleiben unberührt.

**Artikel 2
Definitionen**

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

„Einsatzstaat“

derjenige Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material aus dem anderen, ersuchen;

„Entsendestaat“

derjenige Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des anderen um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, stattgeben;

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter) und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften;

„Hilfsgüter“

die zusätzlichen Ausstattungen und Waren, die zur Abgabe an die betroffene Bevölkerung bestimmt sind.

**Artikel 3
Zuständigkeiten**

(1) Die für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland: der Bundesminister des Innern und die Innenminister der Grenzländer;
- auf der Seite der Republik Österreich: der Bundesminister für Inneres und die Landesregierungen der Grenzländer.

(2) Die in Absatz 1 genannten Behörden können nachgeordnete Behörden bezeichnen, die zur Stellung oder zur Entgegennahme von Hilfeersuchen befugt sind.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(4) Die beiden Vertragsstaaten geben einander die Adressen und Fernmeldeverbindungen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden bekannt.

**Artikel 4
Vorgängige Absprache**

Art und Umfang der Hilfeleistung werden von Fall zu Fall im Einvernehmen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden abgesprochen, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

**Artikel 5
Einsatzarten**

(1) Die Hilfe wird durch solche Hilfsmannschaften geleistet, die insbesondere in der Bekämpfung von Bränden, von nuklearen und chemischen Gefahren und in Sanitätshilfe, Rettung, Bergung oder behelfsmäßigen Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für diese Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen; falls erforderlich, kann die Hilfe auf jede andere Weise erbracht werden.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

**Artikel 6
Grenzübertritt und Aufenthalt**

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung/-erlaubnis oder eines Sichtvermerkes befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft ein seine Stellung bezeugender Ausweis verlangt werden.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten unverzüglich davon zu unterrichten.

(3) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

**Artikel 7
Grenzübergang des Materials**

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern den Grenzübergang für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontroll-

organen des Einsatzstaats beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben; erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübergang außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dem bei der zuständigen Zollstelle bei erster Gelegenheit zu entsprechen.

(2) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den für Hilfeinsätze notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine sonstigen Waren mitführen.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze keine Anwendung. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter, die bei einer Hilfeleistung nicht verbraucht wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Behörde anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das nationale Recht des Einsatzstaats.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften/Betäubungsmitteln in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtgift-/Betäubungsmittelübereinkommen. Suchtgifte/Betäubungsmittel dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört.

(5) Die Republik Österreich wird bei Gegenseitigkeit die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im Einsatzstaat

- ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und
- diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 5 Absatz 2, sondern auch unmittelbar für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Gebiet des anderen Vertragsstaats aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Gebiet überfliegen und auch außerhalb von Zollflugplätzen und genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfeinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

Sofern dies zur üblichen Ausrüstung zählt, sind die Besatzungen berechtigt, bei Einsätzen auf dem Gebiet des anderen Vertragsstaats Uniform zu tragen, sowie als Dienstwaffen Faustfeuerwaffen (Pistolen und Revolver) samt Munition mit sich zu führen.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaats anwendbar, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaats.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaats werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des Einsatzstaats leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaats Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der Entsendestaat hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen. Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.

(2) Im Falle der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 Satz 1 nicht. Der Entsendestaat wird vorrangig entschädigt.

(3) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaats werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf dessen Kosten gepflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinischer Hilfe.

Artikel 11

Schadensersatz und Entschädigung

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder dessen Helfer zustehenden Ansprüche auf den Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einem Helfer des anderen Vertragsstaats im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Helfers im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.

(2) Wird durch einen Helfer des Entsendestaats im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Gebiet des Einsatzstaats Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Schadens Anwendung fänden. Ein Regreß des Einsatzstaats, der den Schaden ersetzt hat, gegen den Entsendestaat oder dessen Helfer besteht nicht.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 12

Unterstützung und Wiederaufnahme von Helfern und Evakuierten

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Helfer oder Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit Unterstützung nach den Vorschriften der innerstaatlichen Sozialhilfe. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaats sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Helfer oder Evakuierte von seinem Gebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaats gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige des wiederaufnehmenden Vertragsstaats sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübertritt unterstellt.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere:

- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfseinsätzen auf dem Gebiet beider Vertragsstaaten vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaats auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaats auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 14

Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg bereinigt.

Artikel 16

Kündigung

Dieses Abkommen kann jederzeit auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

Artikel 17

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt.

Artikel 18

Berlin-Klausel

Mit Ausnahme der Bestimmungen dieses Abkommens über den Luftverkehr gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 19

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Salzburg, am 23. Dezember 1988 in zwei
Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Graf von Brühl
Friedrich Zimmermann

Für die Republik Österreich
Karl Blecha

**Einundvierzigste Verordnung
zur Änderung der Zolltarifverordnung
(Besondere Zollsätze gegenüber den Republiken
Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien,
Montenegro und Slowenien – EGKS)**

Vom 16. März 1992

Aufgrund des § 77 Abs. 2 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch Artikel 30 des Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560) neu gefaßt worden ist, verordnet der Bundesminister der Finanzen:

Artikel 1

In der Anlage zu § 1 der Zolltarifverordnung vom 24. September 1986 (BGBl. II S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Januar 1992 (BGBl. II S. 74), wird der Abschnitt „Besondere Zollsätze gegenüber bestimmten Ländern des Mittelmeerraumes – EGKS“ wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut erhält die Nummernbezeichnung „1.“.
2. In Nummer 1 werden nach den Worten „– der Arabischen Republik Syrien“ die Worte „– den Republiken Kroatien und Slowenien sowie den Jugoslawischen Republiken Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro“ angefügt.
3. Folgende Nummer 2 wird angefügt:
„2. Für die Einfuhr von EGKS-Waren der Positionen 7201 bis 7228 mit Ursprung in den Republiken Kroatien und Slowenien sowie den Jugoslawischen Republiken Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro gelten jährliche Gemeinschaftsplafonds. Wird ein Gemeinschaftsplafond erreicht, so tritt der Besondere Zollsatz gegenüber den in Satz 1 genannten Republiken für den Rest des Kalenderjahres außer Kraft, wenn die Mitgliedstaaten Einvernehmen darüber erzielen. Dies wird durch die Kommission im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften mitgeteilt mit der Wirkung, daß der regelmäßige Zollsatz gegenüber Drittländern von dem in dieser Mitteilung genannten Tag an von jedem Mitgliedstaat wieder angewendet wird.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1992 in Kraft.

Bonn, den 16. März 1992

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Arbeit und Beschäftigung der Bevölkerung
der Russischen Föderation
über die Förderung der Fortbildung von Fachkräften
auf den Gebieten des Arbeitsschutzes
und der beruflichen Rehabilitation Behinderter**

Vom 7. Januar 1992

Das in Bonn am 7. Januar 1992 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Arbeit und Beschäftigung der Russischen Föderation über die Förderung der Fortbildung von Fachkräften auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der beruflichen Rehabilitation Behinderter ist nach seinem Artikel 12 Abs. 1 am 7. Januar 1992 in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Januar 1992

**Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Im Auftrag
Dr. Arnold Knigge**

Abkommen
zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für Arbeit und Beschäftigung der Bevölkerung
der Russischen Föderation
über die Förderung der Fortbildung von Fachkräften
auf den Gebieten des Arbeitsschutzes
und der beruflichen Rehabilitation Behinderter

Соглашение
между Министром труда и занятости населения Российской Федерации
и Министром труда и социальных дел Федеративной Республики Германии
о содействии повышению квалификации специалистов
в области охраны труда
и профессиональной реабилитации инвалидов

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für Arbeit und Beschäftigung der Bevölkerung der Russischen Föderation – im folgenden Vertragsparteien genannt –

unter Bezugnahme auf die am 21. November 1991 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl, und des Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Nikolajewitsch Jelzin,

mit dem Ziel, die Menschen vor berufsbedingten Krankheiten und Arbeitsunfällen zu schützen sowie die Integration Behinderter in die Arbeitswelt und in das gesellschaftliche Leben zu fördern,

in der Erwartung, daß diese Zusammenarbeit die weitere Entwicklung und Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Humanisierung der Arbeit und der Sozialpolitik fördern wird –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I
Allgemeines

Artikel 1

Die Vertragsparteien vereinbaren Programme zur Fortbildung von Fachkräften auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der beruflichen Rehabilitation Behinderter.

Artikel 2

Die Durchführung der Programme wird von seiten der Bundesrepublik Deutschland vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und von seiten der Russischen Föderation vom Ministerium für Arbeit und Beschäftigung der Bevölkerung und dem Ministerium für Soziale Fürsorge der Bevölkerung der Russischen Föderation wahrgenommen.

Министр труда и занятости населения Российской Федерации и Министр труда и социальных дел Федеративной Республики Германии, именуемые в дальнейшем Договаривающиеся Стороны,

ссылаясь на Совместное заявление Президента Российской Федерации В. Н. Ельцина и Канцлера Федеративной Республики Германии Г. Коля, подписанное в Бонне 21 ноября 1991 года,

в целях защиты человека от профессиональных заболеваний и производственного травматизма, а также содействия интеграции инвалидов в трудовую и общественную жизнь,

ожидая, что это сотрудничество будет способствовать дальнейшему развитию и углублению двустороннего сотрудничества в области гуманизации труда и социальной политики,

согласились о нижеследующем:

Раздел I
Общие положения

Статья 1

Договаривающиеся Стороны согласуют программы повышения квалификации специалистов в области охраны труда и профессиональной реабилитации инвалидов.

Статья 2

Осуществление программ будет возложено со стороны Российской Федерации на Министерство труда и занятости населения и Министерство социальной защиты населения, со стороны Федеративной Республики Германии – на Федерального министра труда и социальных дел.

Abschnitt II Arbeitsschutz

Artikel 3

(1) Ziel des Programms „Arbeitsschutz“ ist es, Ingenieuren aus der Russischen Föderation mit Betriebserfahrung theoretisches und praktisches Wissen in allen Fragen der Arbeitssicherheit einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu vermitteln.

(2) Die Lehrgänge werden begleitet durch Betriebsbesuche und einen praxisorientierten Erfahrungsaustausch.

Artikel 4

Die Fortbildung der Ingenieure hat zum Ziel, sie zu befähigen

- a) bei der Planung von Anlagen, der Beschaffung von Einrichtungen und Arbeitsstoffen, der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsabläufen mitzuwirken,
- b) Anlagen und sonstige Einrichtungen sicherheitstechnisch zu überprüfen,
- c) Betriebsbegehungen durchzuführen, Mängel zu erkennen und erforderliche Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu entwickeln,
- d) Ursachen von Unfällen zu untersuchen und Maßnahmen zu ihrer Verhütung zu treffen,
- e) Sicherheitsschulungen in Betrieben durchzuführen.

Artikel 5

Die Fortbildung der Ingenieure erfolgt in folgenden hauptsächlichen Themenbereichen:

- a) Aufgaben und Besonderheiten der Arbeit des Sicherheitsingenieurs einschließlich seiner Zusammenarbeit mit den im Betrieb zuständigen Stellen,
- b) Sicherheitstechnik:
 - Methoden und Verfahren, Technologie,
 - Regelmäßige Betriebsbegehungen,
 - Besondere Gebiete: Gefahrstoffe, Gefahren des elektrischen Stroms, innerbetrieblicher Transport und Verkehr, persönliche Schutzausrüstungen, Brand und Explosionsgefahren,
- c) Sonderaspekte technischer Sicherheit einschließlich vorbeugender Brandschutz und Brandbekämpfung,
- d) Gefährdungsanalysen, Erstellen von Sicherheitsprogrammen,
- e) menschengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsprozessen,
- f) Einblicke in benachbarte Gebiete wie Arbeitsmedizin und Arbeitspsychologie.

Artikel 6

(1) Das Programm der Fortbildung ist branchenübergreifend ausgestaltet. Falls Einvernehmen besteht, kann es auch auf fachliche Schwerpunkte oder eine bestimmte Branche ausgerichtet werden.

(2) Eine Fortbildungsmaßnahme dauert jeweils sechs Wochen.

(3) An den Fortbildungsmaßnahmen können pro Jahr zwölf Ingenieure aus der Russischen Föderation teilnehmen, einschließlich von, erforderlichenfalls, zwei Dolmetschern.

Раздел II Охрана труда

Статья 3

(1) Целью программы «Охрана труда» является передача инженерам из Российской Федерации, имеющим определенный производственный опыт, теоретических и практических знаний по всем вопросам охраны труда, включая гуманизацию труда.

(2) Учебные курсы будут сопровождаться посещением предприятий и обменом практическим опытом.

Статья 4

Повышение квалификации инженеров имеет целью:

- a) участие в проектировании объектов, приобретении оборудования и материалов, организации рабочих мест и технологических процессов;
- б) проверку с точки зрения техники безопасности установок и прочего оборудования;
- В) обследование предприятий, выявление недостатков и разработку необходимых мер для их устранения;
- г) расследование причин несчастных случаев и проведение мер по их предупреждению;
- д) проведение на предприятиях инструктажа по технике безопасности.

Статья 5

Повышение квалификации инженеров будет проводиться по следующим основным темам:

- a) задачи и специфика работы инженеров по технике безопасности, включая их сотрудничество с ответственными за это службами предприятий;
- б) техника безопасности:
 - методы и способы, технология;
 - регулярное обследование предприятий;
 - специальные вопросы: вредные вещества, опасность электрического тока, внутризаводской транспорт и движение, средства индивидуальной защиты, опасность возникновения пожаров или взрывов;
- в) особые аспекты техники безопасности, включая противопожарную профилактику и борьбу с пожаром;
- г) анализ источников опасности, разработка программ по технике безопасности;
- д) гуманная организация рабочих мест и трудовых процессов;
- е) ознакомление со смежными областями, такими, как медицина и психология труда.

Статья 6

(1) Программа повышения квалификации носит межотраслевой характер. По взаимному согласованию ее можно будет проводить по специальной тематике или по определенным отраслям.

(2) Продолжительность мероприятий по повышению квалификации – шесть недель.

(3) В мероприятиях по повышению квалификации могут ежегодно участвовать двенадцать инженеров из Российской Федерации, включая, в случае необходимости, двух переводчиков.

Abschnitt III
Berufliche Rehabilitation

Artikel 7

(1) Ziel des Programms „Berufliche Rehabilitation Behinderter“ ist es, Fachkräfte aus der Russischen Föderation auf dem Gebiet der beruflichen Erstausbildung junger Behinderter und der Umschulung erwachsener Behinderter in Zentren der beruflichen Rehabilitation fortzubilden.

(2) Die Fortbildung wird durchgeführt in Rehabilitationszentren zur beruflichen Erstausbildung (Berufsbildungswerke) und zur beruflichen Umschulung (Berufsförderungswerke), die zu einem späteren Zeitpunkt zwischen den in Artikel 2 genannten Stellen festgelegt werden.

(3) Aus der Russischen Föderation werden zur Fortbildung Fachkräfte für berufliche Rehabilitation von Behinderten entsandt.

(4) Als Fachkräfte gelten auch Führungskräfte, die an Entscheidungen über die berufliche Eingliederung Behinderter mitwirken.

Artikel 8

(1) Die Fortbildung soll den Fachkräften durch Teilnahme an Ausbildungs- und Unterrichtsmaßnahmen für Behinderte einen Einblick vermitteln, insbesondere

- a) in Maßnahmen zur Vorbereitung der beruflichen Rehabilitation,
- b) in die Berufsausbildung Behinderter unter Berücksichtigung moderner Technologien in verschiedenen Berufsfeldern,
- c) in die Tätigkeit der ausbildungsbegleitenden ärztlichen, psychologischen, sozialpädagogischen und sozialen Dienste.

(2) Diese Fortbildungsmaßnahmen werden durch Seminararbeit vertieft. Weiterhin wird über sonstige Einrichtungen und Hilfen zur Eingliederung Behinderter informiert.

Artikel 9

(1) Eine Fortbildungsmaßnahme dauert jeweils vier bis zwölf Wochen.

(2) An den Fortbildungsmaßnahmen können pro Jahr Gruppen mit je sechs Fachkräften, einschließlich je einem Dolmetscher, bei einer Gesamtdauer dieser Maßnahmen bis zu vierundzwanzig Mann-Monaten teilnehmen.

Abschnitt IV
Schlußbestimmungen

Artikel 10

Zwischen den Vertragsparteien besteht Einvernehmen darüber, daß die Kenntnis der Sprache des Partners auf Seiten der Personen, die eine Fortbildung im Rahmen dieses Abkommens durchlaufen, von großer Wichtigkeit für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist. Die Vertragsparteien beabsichtigen, diesem Gesichtspunkt ihre besondere Beachtung zuteil werden zu lassen.

Artikel 11

(1) Fortbildungsmaßnahmen, die in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, werden folgendermaßen finanziert:

1. Alle Kosten für den Aufenthalt russischer Fachkräfte, einschließlich Unterkunft, Verpflegung, Lehrgangskosten, Taschengeld, Heilkosten- und Haftpflichtversicherung sowie

Раздел III
Профессиональная реабилитация

Статья 7

(1) Целью программы «Профессиональная реабилитация инвалидов» является повышение квалификации специалистов из Российской Федерации в области первичной профессиональной подготовки молодых инвалидов и профессиональной переподготовки взрослых инвалидов в центрах профессиональной реабилитации.

(2) Повышение квалификации будет проводиться в реабилитационных центрах первичной профессиональной подготовки и профессиональной переподготовки, которые будут определяться органами, указанными в статье 2.

(3) Из Российской Федерации на повышение квалификации направляются специалисты по профессиональной реабилитации инвалидов.

(4) К специалистам также относятся руководители, участвующие в принятии решений по профессиональной реабилитации инвалидов.

Статья 8

(1) Повышение квалификации посредством участия в теоретической и практической подготовке инвалидов даст возможность специалистам ознакомиться, в том числе:

- a) с мерами по подготовке профессиональной реабилитации;
- b) с профессиональной подготовкой инвалидов с учетом современных технологий в различных областях;
- в) с деятельностью служб, сопровождающих подготовку (медицинской, психологической, социально-педагогической и социальной).

(2) Мероприятия по повышению квалификации будут углубляться семинарами. Кроме того, предусматривается информация специалистов об иных учреждениях и видах помощи в целях интеграции инвалидов.

Статья 9

(1) Продолжительность мероприятий по повышению квалификации – от четырех до двенадцати недель.

(2) В мероприятиях по повышению квалификации могут ежегодно участвовать группы, соответственно, по шесть специалистов, в том числе по одному переводчику, при общей продолжительности этих мероприятий двадцати четырех человеко-месяцев.

Раздел IV
Заключительные положения

Статья 10

Договаривающиеся Стороны согласились, что для успешного сотрудничества важное значение знание языка партнера лицами, проходящими повышение квалификации в рамках настоящего Соглашения. Договаривающиеся Стороны намерены уделять этому вопросу особое внимание.

Статья 11

(1) Мероприятия по повышению квалификации, проводимые в Федеративной Республике Германии, финансируются следующим образом:

- 1) все расходы по пребыванию российских специалистов, включая размещение, питание, расходы на обучение, карманные деньги, расходы на лечение и гарантийное

Fahrtkosten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Fortbildung entstehen, übernimmt die deutsche Seite.

2. Alle Kosten für die Hin- und Rückreise aus der und in die Russische Föderation übernimmt die russische Seite.

(2) Fortbildungsmaßnahmen, die in der Russischen Föderation stattfinden, werden folgendermaßen finanziert:

1. Alle Kosten für den Hin- und Rückflug, den Aufenthalt, die Heilkosten, die Haftpflichtversicherung und die Honorare der Lehrkräfte sowie die Lehrmaterialien übernimmt die deutsche Seite.
2. Alle Kosten für die Hin- und Rückreise und den Aufenthalt der russischen Fachkräfte übernimmt die russische Seite.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Fortbildungsprogramme werden für die Jahre 1992, 1993 und 1994 vereinbart. Danach verlängert sich die Geltung jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr, sofern das Abkommen nicht von einer Seite spätestens zwölf Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 7. Januar 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

страхование, а также транспортные расходы, непосредственно связанные с осуществлением программ повышения квалификации, принимает на себя немецкая Сторона;

- 2) все расходы по проезду из Российской Федерации и обратно принимает на себя российская Сторона.

(2) Мероприятия по повышению квалификации, проводимые в Российской Федерации, будут финансироваться следующим образом:

- 1) все расходы по полетам туда и обратно, по пребыванию, расходы на лечение, гарантийное страхование и гонорары для преподавателей, а также предоставление учебного материала принимает на себя немецкая Сторона;
- 2) все расходы по проезду туда и обратно и по пребыванию российских специалистов принимает на себя российская Сторона.

Статья 12

(1) Настоящее Соглашение вступает в силу в день подписания.

(2) Программы повышения квалификации будут согласованы на 1992, 1993, 1994 годы. После этого действие Соглашения автоматически продлевается каждый раз на год, если ни одна из Сторон не уведомит другую Сторону о прекращении действия данного Соглашения не позднее, чем за двенадцать месяцев до истечения соответствующего периода его действия.

Совершено в Бонне 7 января 1992 года в двух экземплярах, каждый на русском и немецком языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland

Федеральный министр труда и социальных дел
Федеративной Республики Германии

Norbert Blüm

Der Minister für Arbeit und Beschäftigung der Bevölkerung
der Russischen Föderation

Министр труда и занятости населения
Российской Федерации

Alexander N. Schochin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation**

Vom 14. Februar 1992

Die Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 (BGBl. 1974 II S. 43; 1975 II S. 1103; 1977 II S. 339; 1984 II S. 347) ist nach ihren Artikeln 4 und 79 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Lettland	am	4. Dezember 1991
Litauen	am	25. November 1991
Marshallinseln	am	5. Juni 1991
Mikronesien, Föderierte Staaten von	am	14. August 1991

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Februar 1991 (BGBl. II S. 503).

Bonn, den 14. Februar 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation
der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung**

Vom 14. Februar 1992

Die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) vom 8. April 1979 (BGBl. 1985 II S. 1215) ist nach ihrem Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe c für

Litauen	am 17. Oktober 1991
---------	---------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Oktober 1991 (BGBl. II S. 1117).

Bonn, den 14. Februar 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966**

Vom 14. Februar 1992

Das Internationale Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (BGBl. 1969 II S. 249; 1977 II S. 164) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Angola	am	3. Januar 1992
Belize	am	2. Juli 1991
Gambia	am	1. Februar 1992
Mosambik	am	30. Januar 1992
Sudan	am	26. Dezember 1991

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. März 1991 (BGBl. II S. 621).

Bonn, den 14. Februar 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 17. Februar 1992

Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 320) ist nach seinem Artikel 40 Abs. 3 für

Gambia	am 30. Januar 1992
--------	--------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. November 1991 (BGBl. II S. 1399).

Bonn, den 17. Februar 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Änderung vom 16. Oktober 1985
des Übereinkommens und der Betriebsvereinbarung
über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)**

Vom 18. Februar 1992

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1988 zu der Änderung vom 16. Oktober 1985 des Übereinkommens vom 3. September 1976 über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT-Übereinkommen) – BGBl. 1988 II S. 510 – wird bekanntgemacht, daß die Änderung des Übereinkommens nach seinem Artikel 34 Abs. 2 und die Änderung der dazugehörigen Betriebsvereinbarung nach ihrem Artikel XVIII Abs. 2

am 13. Oktober 1989

für die Bundesrepublik Deutschland und alle übrigen Vertragsparteien

in Kraft getreten sind.

Die Annahmearkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 7. Oktober 1988 bei dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation hinterlegt worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Dezember 1991 (BGBl. 1992 II S. 19).

Bonn, den 18. Februar 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 133
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Quarterräume der Besatzung an Bord von Schiffen
(zusätzliche Bestimmungen)**

Vom 18. Februar 1992

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Juni 1974 zu dem Übereinkommen Nr. 133 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 30. Oktober 1974 über die Quarterräume der Besatzung an Bord von Schiffen (zusätzliche Bestimmungen) – BGBl. 1974 II S. 862 – wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Deutschland am 27. August 1991

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 14. August 1974 bei dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt und registriert worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten am 27. August 1991 in Kraft getreten:

Côte d'Ivoire
Finnland
Frankreich
Griechenland
Guinea
Israel
Italien
Liberia
Neuseeland
Niederlande
Nigeria
Norwegen
Polen
Schweden
Uruguay
Vereinigtes Königreich

mit Erstreckung des Übereinkommens auf

- a) Bermuda
- b) Gibraltar
- c) Hongkong

nach Maßgabe der folgenden, für die Anwendung auf Hongkong maßgebenden, am 27. April 1984 registrierten Abänderungen des Übereinkommens:

(Übersetzung)

"Article 1(6)

Variations may be approved by the competent authority after consultation with the shipowners or such organisation or organisations as appear to him to be representative of owners of British ships and such organisation or organisations, if any, as appear to him to be representative of seamen employed on British ships.

Article 1(7)

There is no provision for consultation with shipowners, organisations of shipowners or

„Artikel 1 Absatz 6

Abweichungen können von der zuständigen Stelle nach Anhörung der Reeder oder eines oder mehrerer Berufsverbände, die für die Stelle als Vertreter des Eigentümers britischer Schiffe gelten, sowie eines oder mehrerer Berufsverbände, falls vorhanden, die als Vertreter von auf britischen Schiffen beschäftigten Seeleuten gelten, genehmigt werden.

Artikel 1 Absatz 7

Eine Anhörung von Reedern, von Berufsverbänden der Reeder oder von bona fide

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-508, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück - Z 1996 A · Gebühr bezahlt

with the bona fide trade unions of seafarers. However, the Director of Marine is vested with the power to exempt any ship or class of ships from any requirements on crew accommodation, either absolutely or subject to such conditions as he may think fit.

Article 4(2)(e)

There is no provision for consultation with shipowners, organisations of shipowners or bona fide trade unions of seafarers.

Article 12

The application of this article is excluded.

Article 13

There is no provision for consultation with shipowners, organisations of shipowners or bona fide trade unions of seafarers."

Weiterhin trat das Übereinkommen am 27. August 1991 für die Sowjetunion in Kraft.

Bonn, den 18. Februar 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

anerkannten Berufsverbänden der Seeleute ist nicht vorgesehen. Der Leiter des Seeschiffsamts ist befugt, jedes Schiff beziehungsweise jede Schiffsklasse von Bestimmungen über die Quarterräume der Besatzung entweder uneingeschränkt oder unter ihm geeignet erscheinenden Voraussetzungen zu befreien.

Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe e

Eine Anhörung von Reedern, von Berufsverbänden der Reeder oder von bona fide anerkannten Berufsverbänden der Seeleute ist nicht vorgesehen.

Artikel 12

Die Anwendung dieses Artikels entfällt.

Artikel 13

Eine Anhörung von Reedern, von Berufsverbänden der Reeder oder von bona fide anerkannten Berufsverbänden der Seeleute ist nicht vorgesehen."